Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2.— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und Postboten, unsere Austräger u. jede Zeit Bestellungen entgegen. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend Ohne Gewähr, Krieg od. sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Geschäftsstelle, Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RM. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6 Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 22 — 92. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Donnerstag, den 26. Januar 1933

Das Reichsehrenmal.

Rings um Deutschland erheben sich die zahlreichen Denkmäler über den Gräbern von fast zwei Millionen. Hinauf bis nach Riga und hinunter bis zum Ölberg bei Jerusalem stehen sie zum Gedenken an die Gefallenen des Weltkrieges. Rings in Deutschland haben zahlreiche Städte und Dörfer es als ihre Ehrenpflicht betrachtet, ihrer Gefallenen zu gedenken in Stein oder Erz. Und in Berlin, an der alten Prachtstraße Unter den Linden, die soviel von ihrer Pracht verloren hat, ist Schinkels alte Hauptwache zu einem Tempel des Gedenkens an die deutschen Toten des Weltkrieges umgestaltet worden. Von Kiel her, einst dem größten deutschen Kriegshafen, der heute klein geworden ist, von Wilhelmshaven aus grüßen die Denkmäler unserer Toten, die ein Seemannsgrab gefunden haben, grüßen sie weit über die Wellen.

Seit Jahren schon wurde der Plan eifrig behandelt, ein Reichsehrenmal zu schaffen. Und ebenso ging der Streit darum, wo dieses Reichsehrenmal errichtet werden soll. In Thüringen, der Herzmitte des Reiches? Am Rhein, dem deutschesten der Ströme, der aber von fremder Macht und Staatsgewalt überschattet wird? Noch viele andere Gaue Deutschlands hatten sich beworben, der Ehre teilhaftig zu werden, in ihren Grenzen das Ehrenmal beherbergen zu dürfen. Schließlich ist aber doch Bad Berka in Thüringen auserkoren worden. Die Durchführung der Errichtung des Reichsehrenmals ist jetzt so weit vorwärtsgetrieben, daß das Preisgericht dieser Stiftung zusammentreten konnte und einer Reihe verschiedenster Entwürfe für ein Ehrenmal Preise zuerkannt hat.

Allerdings ist noch immer nicht entschieden, welcher Entwurf zur Ausführung kommen wird. Denn nun soll erst einmal die Öffentlichkeit ihr Urteil sprechen. Eine ganz andere Idee als in den sonstigen Denkmälern soll sich in den Entwürfen verkörpern, denen das Preisgericht jetzt den ersten Preis zuerkannt hat. Wer z. B. das Tannenbergdenkmal sah, nahm einen Eindruck von gewaltiger Wucht mit sich. Es „steht" breit da in der „breiten" Natur des deutschen Ostens. Anders ist die Natur, der — Geist des Thüringer Landes. Einfach und zwingend soll ein solches Ehrenmal zu allen sprechen, die sich ihm nahen im Gedenken an Deutschlands größtes Ringen mit einer Welt von Feinden ringsum.

Zeitlos muß dieses Ehrenmal sein, bewußt entfernt von jeder zeitgebundenen oder gar zeitgemäßen Kunst. Ein anderer, gleichfalls preisgekrönter Entwurf, der sich an den Gedanken des germanischen Hains anlehnt, geht stärker in die Natur hinaus. Und lauten Beifall hat ein dritter eigenartig-ernsthafter Gedanke erregt. Zu Füßen der „trauernden Mutter" Deutschlands soll Erde von allen Kriegsschauplätzen niedergelegt werden, wo deutsches Blut geflossen ist. Bei einem besonders empfohlenen Entwurf erhebt sich ein gen Himmel weisender Glockenturm. „Mortuos plango", „die Toten beklage ich", wie es auf mancher Glocke zu lesen ist. Diese Symbolik ist ohne weiteres verständlich, sie braucht niemandem erst „erklärt" zu werden, sondern spricht für sich, mahnend und klagend. Beides ist schön und erhaben, dieses wie jenes.

In Paris, London, Rom, Belgrad, ja selbst in den Hauptstädten von Ländern, die erst nach dem Kriege entstanden sind, gibt es das Ehrenmal des „Unbekannten Soldaten", dem auch der Gegner von einst die Ehre des stummen Grußes nicht versagt. Aber wir glauben nicht, daß es dem allgemeinen deutschen Wunsche entsprechen würde, nun auch unsererseits ein solches Grabmal zu schaffen. Jene, die wir durch ein Denkmal ehren wollen, liegen zumeist in fremder Erde, die sie eroberten und die den Toten aufnahm. Erde wurde zu Erde, Staub zu Staub. Aber die Ehre blieb. Sie soll nicht vergessen werden.

Förderung der Instandsetzungsarbeiten des kleinen Hausbesitzes.

Die Reichsregierung hat bekanntlich im Dezember eine zweite Rate von 50 Millionen Mark für Instandsetzungs- und Umbauarbeiten am Hausbesitz bereitgestellt. Dieser Betrag ist jetzt an die Länder zur Verteilung gelangt und wird von den Ländern weiter an die Gemeinden verteilt werden. Es gelten für die Vergebung dieser Mittel die gleichen Bestimmungen wie bei der ersten Rate. Nur zwei Änderungen sind aufgenommen worden: Einmal soll es genügen, wenn die Instandsetzungskosten insgesamt 100 Mark statt wie bisher 250 Mark betragen. Diese Herabsetzung ist erfolgt, damit auch dem kleineren Hausbesitz auf dem Lande sowie in kleineren und mittleren Gemeinden die Zuschüsse mehr als bisher zugute kommen. Weiter können Zuschüsse auch gegeben werden bei der völligen Instandsetzung einer Leerwohnung.

Es wird besonders darauf hingewiesen, daß nur solche Anträge berücksichtigt werden dürfen, bei denen sofort oder innerhalb ganz kurzer Zeit mit der Arbeit begonnen werden kann, damit die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt sich noch in diesem Winter erkennen lassen.

Ein politisches Geheimnis.

Was wird mit Schleicher?

Verhandlungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten.

Im Mittelpunkt der politischen Erörterung stand am Mittwoch die Entschließung, die die deutschnationale Reichstagsfraktion gegen das Kabinett angenommen hat. Es wurde lebhaft erörtert, welche Folgen etwa diese Entschließung für die Entwicklung der Innenpolitik haben könnten.

Inzwischen sind die Besprechungen der Parteien zur Bildung einer neuen Regierung weitergeführt worden. Wie bekannt wird, hatte der Vorsitzende der Deutschnationalen Volkspartei, Dr. Hugenberg, in den letzten Tagen mehrfach Besprechungen mit dem Vorsitzenden der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, Dr. Frick. Eingeweihte Kreise wollen wissen, daß die Einigungsverhandlungen zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten schon viel weiter gediehen seien, als man das bisher annahm. Allerdings auch wieder nicht soweit, daß sie bereits imstande wären, die Bedingungen zu erfüllen, die der Reichspräsident im November vorigen Jahres Adolf Hitler für die Übernahme einer von ihm geführten Regierung im Sinne einer parlamentarischen Mehrheitsregierung gestellt hatte.

Wenn nämlich im Rahmen dieser Einigung einer Kanzlerschaft Hitlers nichts im Wege stände, so wäre das Zentrum, dessen Zusage für eine Mehrheitsregierung Hitlers erforderlich wäre, mit einer solchen Lösung keineswegs einverstanden. Das Zentrum würde vor allem nicht bereit sein, die Hugenbergsche Forderung eines einjährigen politischen Moratoriums zu erfüllen.

Bei dieser politischen Sachlage sieht man der Sitzung des Ältestenrats des Reichstages am kommenden Freitag mit Spannung entgegen, die um so größer ist, als die Reichsregierung neuerdings wieder hat wissen lassen, daß sie eine längere Vertagung des Reichstages, wie sie scheinbar von einigen Parteien gewünscht wird, als eine nicht hinreichende Klärung der Lage betrachten würde. Der Reichstag müsse gleichzeitig mit der Vertagung der Reichsregierung auch eine Art Vertrauensvotum aussprechen, indem er erklärt, daß man ihr eine längere Anlaufszeit zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Maßnahmen lassen müsse.

Ob unter diesen Umständen eine längere Vertagung in Frage kommt, muß dahingestellt bleiben. In Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, hofft man, daß es gelingen wird, daß das Kabinett Schleicher noch längere Zeit im Amte bleiben kann. Wie das bei der jetzigen parlamentarischen Lage möglich sein wird, ist vorläufig noch ein Geheimnis.

*

Reichstagsvertagung oder nicht?

Berlin, 26. Januar. Von Berliner Blättern wird darauf hingewiesen, daß noch immer keine Klarheit darüber herrsche, ob es zu einer weiteren Vertagung der Plenarverhandlung des Reichstages komme oder nicht. Die „D.A.Z." hebt hervor, daß die Regierung gegenüber Vertagungsneigungen der Parteien immer noch auf dem Standpunkt stehe, auch eine langfristige Vertagung des Reichstages könne von ihr nur dann als ausreichend angesehen werden, wenn sie mit der ausdrücklichen Zwecksetzung versehen werden sollte, daß damit der Regierung hinreichende Gelegenheit zur Ausführung ihres Programms gegeben werden soll. Wenn also die Parteien, wie es jetzt als wahrscheinlichste Möglichkeit betrachtet werden müsse, den Reichstag nach der Regierungserklärung wieder vertagen wollte, ohne die Abstimmungen vorzunehmen, die eine Reichstagsauflösung nach sich ziehen könnten, dann wolle der Reichskanzler den Reichstag vor eine Art Vertrauensfrage stellen. Und wenn der Ältestenrat von sich aus eine weitere Verschiebung herbeizuführen versucht, so soll das Verfahren nach Artikel 24 der Reichsverfassung in Gang gesetzt werden. Daß Reichstagspräsident Goering sich dieser Aufforderung entziehen könnte, wird nicht angenommen. Notfalls würde das Ersuchen an den Vizepräsidenten gerichtet werden. Die entscheidende Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler über die weitere Behandlung des innenpolitischen Wirrwarrs und über die Frage der Vollmachten zu einer Behebung werde voraussichtlich am Sonnabend stattfinden.

*

Die Gründe der deutschnationalen Absage.

Der Pressechef der Deutschnationalen Volkspartei, Hans Brosius, veröffentlicht in den Mitteilungen der DNVP. einen längeren Artikel über die Gründe der deutschnationalen Absage an das Kabinett Schleicher. In dem Artikel heißt es u. a.:

Zwei Gründe allein waren für den Vorstoß maßgebend, die Gefährdung des autoritären Staatsgedankens durch die Politik des Kabinetts und das vollständige Versagen auf dem Gebiet einer einheitlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Herr von Schleicher kennt diese Gründe, von denen sich die deutschnationale Politik leiten ließ.

Der deutschnationale Schritt ist weder eine „Quittung" darauf, daß der Reichskanzler nicht bereit sei, die Deutschnationalen in die Regierung aufzunehmen, noch darauf, daß die Regierung „zu wenig gegen den Feldzug der Linken wegen der Osthilfemißstände getan habe". Der Vorstoß richtet sich auch nicht „indirekt gegen den Reichspräsidenten". Er liegt vielmehr

auf der Linie der Politik des Reichspräsidenten,

weil er den Gedanken der autoritären Staatsführung, den Hindenburg mit der Berufung des Kabinetts Papen verfolgte, vor einem Abgleiten in den Parlamentarismus bewahren will. Der Gedanke der autoritären Staatsführung sei auf das schwerste gefährdet worden, einmal durch das dauernde Verhandeln mit Parteien und Gewerkschaften und durch das Eingehen auf parteipolitische Prestigewünsche, wie es am krassesten in der jedes Rechtsgefühl untergrabenden Amnestie in Erscheinung trat. Zum zweiten durch die Untätigkeit des Kabinetts, das über das Verhandeln das Handeln vergaß. Dies kam vor allem auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Handelspolitik zutage. Wenn Hugenberg die Ansicht vertrat, daß eine

einheitliche Linie der gesamten Wirtschafts- und Sozialpolitik

— denn diese gehört entscheidend dazu — nur durch Zusammenlegung der Ministerien gewährleistet werden kann, so zeigt er damit, wie immer, einen Weg.

Den Deutschnationalen andere Motive unterzuschieben ist unfair. Geradezu absurd ist es, diese Änderung der Haltung mit dem Vorstoß der Linken in bezug auf die Osthilfe in Verbindung zu bringen. Sind Mißstände bei der Osthilfe vorgekommen, dann sind sie durch die falsche Art bedingt, in der man die Osthilfe entgegen den klaren Vorschlägen Hugenbergs aufzog.

Die Deutschnationalen werden eine Entscheidung erzwingen, die endlich dazu führt, daß man aus dem Zustand des verschleierten Parlamentarismus herauskommt und sich denjenigen Aufgaben zuwendet, die zur Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Not in Angriff genommen werden müssen.

Schwere Tumulte in Dresden.

9 Tote und 11 Schwerverletzte.

Dresden, 26. Januar. Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Polizeibeamten und Kommunisten kam es in der Nacht zum Donerstag gegen 12 Uhr. Eine kommunistische Versammlung im Keglerheim wurde von der Polizei aufgelöst. Dieser Auflösung widersetzte sich die Menge und ging gegen die Beamten tätlich vor, die von der Schußwaffe Gebrauch machen mußten.

Dresden, 26. Januar. Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt nachts gegen 3 Uhr mit:

Im Keglerheim auf der Friedrich-Straße fand gestern abend eine Versammlung des Kampfbundes gegen den Faschismus mit dem Oberleutnant a. D. Frädrich als Redner statt. Da Frädrich auch in dieser Versammlung in außerordentlich gemeingefährlicher Weise zu Tätlichkeiten aufforderte, wurde die Versammlung von dem überwachenden Beamten der Politischen Abteilung aufgelöst. Da der polizeilichen Aufforderung zum Verlassen des Saales nicht nachgekommen wurde, wurde von vorsorglich bereitgehaltenen uniformierten Polizeibeamten vor dem Podium eine Sperrkette gebildet, die mit der Räumung des Saales zunächst ohne Anwendung des Gummiknüppels begann. Im gleichen Augenblick setzten insbesondere auf den Galerien Sprechchöre ein: „Wir bleiben da! Sitzen bleiben!" usw. Auch wurde von den Galerien herab mit Biergläsern, Aschenbechern, Stühlen usw. nach den den Saal räumenden Beamten, die teilweise dadurch auch getroffen wurden, denen auch im Saal stärkerer Widerstand entgegengesetzt wurde, geworfen. Gleichzeitig wurde von Versammlungsbesuchern auf den Galerien auf die Beamten scharf geschossen. In der Notwehr machten die Beamten nunmehr von der Schußwaffe Gebrauch. Diese Gegenwehr hatte neun Todesopfer und, soweit sich bis jetzt hat feststellen lassen, elf Verletzte zur Folge.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF